

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 180 (2014)

Heft: 1-2

Artikel: Was heisst Verteidigung im 21. Jahrhundert? (1/2)

Autor: Naumann, Klaus

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-391358>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was heisst Verteidigung im 21. Jahrhundert? (1/2)

General a D Klaus Naumann hat am 27.09.13 in Luzern im Rahmen eines Seminars von «Chance Schweiz – Arbeitskreis für Sicherheitsfragen» eine umfassende Lageanalyse und Definition des Verteidigungsbegriffes vorgenommen. Die ASMZ publiziert seinen Vortrag in leicht gekürzter Fassung in zwei Teilen. Der vorliegende erste Teil befasst sich mit Gefahren und Konflikten, der zweite mit Streitkräften und Lösungen. *Sch*

Klaus Naumann

Europa ist weitgehend befriedet. Kriege, die Staaten zum Opfer einer die staatliche Existenz gefährdenden Aggression werden lassen könnten, sind so gut wie unwahrscheinlich. Das ist die grosse Friedensleistung der EU, für die sie zu Recht den Friedensnobelpreis erhielt. Eine Leistung allerdings, die ohne die nach aussen schützende, nach innen Spannungen unter den Staaten Europas ausgleichende Präsenz amerikanischer Truppen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges kaum möglich geworden wäre.

Die neutralen Staaten Europas haben von dieser Entwicklung profitiert, stehen aber angesichts der Lage, dass der Bürger kaum noch eine Gefährdung seines Landes zu erkennen vermag, vor den Fragen, die auch die Menschen in den international gebundenen Staaten Europas stellen: Wozu brauchen wir noch Streitkräfte, wogegen müssen wir uns schützen? Auf diese Frage geben unsere Politiker in Deutschland keine Antwort, das Thema Verteidigung findet in der öffentlichen Diskussion nicht statt.

Die Bürger Europas fühlen sich nicht bedroht

Die Menschen sehen zwar Unsicherheit jenseits der Grenzen, doch darüber spricht niemand in der Politik. Die Bürger Europas fühlen sich nicht bedroht und sehen deshalb überwiegend keine Notwendigkeit sich einzumischen, sie sind selbst gegenüber Bündnisverpflichtungen zurückhaltend. Hinzu kommt die Ermüdung nach dem langen, im Ergebnis aber doch fragwürdigen Einsatz in Afghanistan. Auch die USA sind von dieser Stim-

mung erfasst. Sie werden zwar nicht in den Fehler des Isolationismus verfallen, Präsident Obama hat dies nachdrücklich bestätigt. Sie wissen, dass sie jetzt und bis auf weiteres die einzige Ordnungsmacht dieser Welt sind, aber sie werden nicht mehr zur Rettung Europas eingreifen: «Europe to the Europeans».



Europa muss die EU/EURO-Krise lösen.

Bild: Wikipedia

Gefahren für Europa gibt es freilich zuhauf, aber sie sind nicht direkt fassbar, schwer zu vermitteln und vielfach nicht militärischer Natur. Die Frage stellt sich deshalb nicht nur in der Schweiz: Was heisst Verteidigung im 21. Jahrhundert, auch wenn die Schweizer die Wehrpflicht eindrucksvoll bestätigt haben. Doch vielleicht stellt sie sich hier sogar drängender, weil sie national zu beantworten ist, während die Mitglieder von NATO und EU zur Begründung ihrer Verteidigungsanstrengungen auf internationale Einschätzungen und Verpflichtungen verweisen können.

Ich will zunächst allgemein die Gefahren der Zukunft und denkbare Formen künftiger Konflikte skizzieren, dann fragen, ob und in welchem Umfang diese auch in Europa wirksam werden können

und mit der Frage abschliessen, welche Folgerungen daraus für Europas Streitkräfte zu ziehen sind.

Die langfristig wirksamen Gefahren und die Konfliktformen der Zukunft

Die strategische Grosswetterlage ist gekennzeichnet durch die nun seit 2008 anhaltende globale Wirtschafts- und Finanzkrise, die eine Welt in anhaltendem Umbruch, ohne Weltordnung und ohne verbindende Werteordnung erschüttert.

Es zeichnet sich eine Welt mit mehreren Polen politischen Handelns ohne eine eindeutig dominierende Macht ab, in der neben staatlichen zunehmend auch nichtstaatliche Akteure handeln werden, die sogar Staaten herausfordern könnten. Es ist eine Welt, in der es weiter Konflikte geben wird, aber keinen einzigen Konflikt, den man allein mit militärischen Mitteln lösen könnte. Es ist eine Welt, in der kein Staat auf sich allein gestützt mit den Sicherheitsproblemen unserer Zeit fertig werden kann, aber auch keiner glauben darf, die ausschliessliche Nutzung von «soft power» allein bringe dauerhafte Sicherheit. Fraglich ist damit auch, ob die Abstützung auf Neutralität noch ausreicht. Eine Frage allerdings, die nur die neutralen Staaten alleine für sich beantworten können.

Die aktuellen Krisen

Europa hat auch ohne die EU/EURO-Krise eine Reihe ungelöster Probleme, auf dem Balkan, im Kaukasus, im Verhältnis zur Türkei und in seinem Vorfeld von Marokko bis zum Arabischen Golf. Auch

Afghanistan wird ein Problem bleiben, auch nach dem Abzug der meisten Truppen im Jahr 2014.

Vorrang für Europa muss die Überwindung der Finanzkrise und die innere Festigung der EU haben, denn nur dann kann Europa handlungsfähig werden. Würde diese Herausforderung gemeistert und würde Europa zusätzlich Schritte in Richtung einer wirklichen gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik tun, dann könnte Europa mit den meisten Turbulenzen ohne zu grosse Risiken für die Sicherheit seiner Bürger fertig werden. Doch die Entwicklung einer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik geschieht, während Europas Vorfeld brennt, Europa aber dennoch überwiegend nach innen sieht. Bedenken wir nur die vermutlich noch eine Weile anhaltende Instabilität in Ägypten, den längst zum Stellvertreterkrieg gewordenen Konflikt in Syrien, den keineswegs gelösten Streit um die atomare Bewaffnung des Iran, die derzeit nahezu unmöglich gewordene Zwei-Staaten-Lösung für den Dauerbrenner Israel-Palästina, die nur verdeckten Probleme Tunesiens und Libyens, die reale Gefahr eines Zerfalls Syriens und auch des Irak und die daraus resultierenden Probleme für Israel, Jordanien und den Libanon und das latente Risiko einer instabil werdenden Türkei. Ich nehme an, Sie stimmen zu, das Vorfeld brennt.

Es geht nicht um Demokratie westlicher Prägung

In keinem dieser Konflikte spielt Europa eine gewichtige Rolle, auch weil Europa in der Arabellion verkannte, worum es wirklich geht: Nicht um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit westlicher Prägung, sondern darum, die Hoffnungslosigkeit einer vielfach gut ausgebildeten Jugend auf eine eigene, nach ihren, auch vom Islam geprägten Vorstellungen gestaltete Zukunft zu beseitigen. Die Ausweglosigkeit, geboren aus bis zu 40% Arbeitslosigkeit der Jungen ist das Motiv. Europa muss dort handeln, damit diese Jugend ohne Hoffnung nicht ohne unsere Zustimmung in das alte, nach Bevölkerung abnehmende, aber noch immer sehr reiche Europa kommt. Die jungen Akademiker des Maghreb und der arabischen Welt wissen, dass in der EU 20 Millionen qualifizierte Arbeitskräfte fehlen, dass keine Chance besteht all diese Lücken aus der stattlichen Zahl arbeitsloser, aber vielfach nicht ausreichend qualifizierter Europäer

zu schliessen und dass der Bedarf sogar noch wachsen wird. Viele junge Menschen aus Nordafrika und aus der arabischen Welt dürften deshalb ihre Zukunft in Europa sehen. Europa muss daher seine EU-Scheuklappen abnehmen und prüfen, ob die Unruhe in Nordafrika Europa nicht doch eine Chance bietet. Es geht um Stabilität in Europas Vorfeld. Wir brauchen sie, um ungebremste Migration zu verhindern. Die USA wollen und werden sich nicht mehr nachhaltig in Europa engagieren. Europa wird deshalb in allen Ländern des so genannten Krisenbogens von Marokko bis zum Indischen Ozean engagiert bleiben müssen. Vorrangig muss Europa durch Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit helfen, damit die Menschen in ihren Ländern bleiben. Wir



Krisenbogen Marokko bis Indischer Ozean. Bild: UNHCHR

dürfen nicht vergessen, dass der Südrand des Mittelmeers Europas Auffangnetz gegen ungebremste Migration aus der Tiefe Afrikas bildet. Dort für haltbare stabile Verhältnisse zu sorgen, ist vielleicht die sicherheitspolitische Herausforderung

Klaus Naumann

General a D

Geboren 1939
verheiratet und hat eine Tochter und einen Sohn



1991/96 Generalinspekteur der Bundeswehr
1996/99 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses

schlechthin. Doch dahinter steht schon die nächste: Europa wird sich überlegen müssen, wie es zur Sicherheit am Persischen Golf beitragen kann, sollten die Amerikaner diese Aufgabe nicht mehr übernehmen. Das aber dürfte geschehen, weil die USA von dort spätestens ab 2025 weder Gas noch Öl brauchen, wir Europäer aber weiterhin.

Streit um das iranische Atomwaffenprogramm

Würde der Iran Atommacht, wäre das wohl das Ende des Atomwaffensperrvertrages. Es wäre das Ende des Traumes von einer Welt ohne Atomwaffen und es könnte möglicherweise der Beginn eines neuen atomaren Rüstens in der Welt sein. Doch jüngste Äusserungen aus Teheran lassen ein wenig hoffen. Vielleicht hat man in Teheran, ebenso wie jüngst

Zentrifugenkaskade zur Urananreicherung im Iran.

Bild: wikipedia.org



in Moskau und Damaskus, die Botschaft aus Washington verstanden: Man will keine Intervention, aber wenn man zu weit geht, wird dennoch gehandelt werden.

Diesen kurz- bis mittelfristigen Ausblick zusammenfassend kann man sagen: Das strategische Umfeld Europas befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Europa ist von Unsicherheit umgeben, es wird handeln müssen, um dieses unruhige Umfeld zu stabilisieren. Das wird vorrangig andere als militärische Mittel erfordern, allerdings sind auch militärische Aktionen nicht auszuschließen. Die Operation Serval der Franzosen in Mali ist möglicherweise ein Modell derartiger künftiger überwiegend europäischer Operationen.

Langfristig aber kann es nachhaltige Sicherheit für Europa nur im Bündnis mit den USA geben. Das hat Europa mit der NATO. Die strategische Rolle der NATO als zentraler Garant europäischer Sicherheit ist heute so unentbehrlich wie einst im Kalten Krieg. Die NATO bleibt in ihrer nuklearen Schutzfunktion, in ihrer Fähigkeit, Versicherung vor Russland zu geben und damit die Voraussetzung für Kooperation zu schaffen und als Träger von Raketenabwehr kurz- wie mittelfristig unersetzlich, aber auch als ausgleichendes Element in einem Europa voll zunehmender Ungleichheit. Langfristig könnte sie Ausgangspunkt und Grundlage einer neuen, weiter gefassten Schutzvereinbarung zwischen den Demokratien Europas und Nordamerikas sein.

Eine unruhige und unberechenbare Welt

Ich beginne dazu mit den generellen Entwicklungen, modern ausgedrückt den Megatrends:

- Wir erleben die Entwicklung einer Welt mit vielen regionalen Machtzentren, ohne eine unumstrittene Ordnungsmacht. Einzig die USA werden in allen Machtkategorien global handlungsfähig sein, sie werden durch die Schiefegasrevolution noch stärker, sie dürften sich aber nach innen wenden. Eine solche multipolare Welt ist instabil;
- Wir werden eine zunehmend urbanisierte Welt mit riesigen Städten erleben in der neue, fast von Jedermann zu nutzende Technologien, international kooperierende Kriminalität, innerstaatliche Konflikte und, als Folge unregier-

bar werdender zerfallender Staaten, auch Konflikte zwischen Staaten entstehen könnten;

- Es könnte eine Welt entstehen, in der die gewohnten Ordnungen von Staaten und Gesellschaften auch in Europa zerbrechen könnten, wenn sie sich in den Augen der Jugend als unfähig erweisen mit den zunehmend komplexer werdenden Fragen der Zukunftssicherung fertig zu werden. Eine ungeduldige Jugend ohne Hoffnung könnte irrigerweise die Lösung im Zerschlagen alter Ordnung sehen.

In dieser Welt ohne Weltordnung und ohne eine verbindende Werteordnung gibt es die alten Konfliktursachen wie ungelöste territoriale Ansprüche, ethnische



Chinas demografische Probleme als Folge der Ein-Kind-Politik.

Bild: nachrichten 168.eu

Probleme und religiöse Spannungen, doch es treten drei neue hinzu: Demographische Verschiebungen, Ressourcenknappheit und die Folgen des wahrscheinlichen Klimawandels.

Es ist eine Welt in der die herkömmlichen Sicherheitskonzepte wie Abschreckung nur noch zum Teil greifen, die vermutlich unverändert im äussersten Fall auch künftig hie und da militärisches Eingreifen und Handeln verlangen wird, keineswegs immer nur, wie gewohnt, reaktiv, sondern manchmal vermutlich sogar präventiv.

Demographie

Nach meiner Ansicht werden die demografischen Veränderungen in unserer Welt in Verbindung mit Ressourcenmangel und Klimawandel die möglicherweise schwerwiegendste Konfliktursache der Zukunft sein.

Europa muss mit seinen alternden und schrumpfenden Gesellschaften Zusammenhalt, Wohlstand und ein gewisses Mass an sozialer Sicherheit sichern. Das wird schwer, wenn Landstriche entvölkert werden und viele Menschen ihre Wurzeln verlieren. Die heutigen sozialen Systeme sind nicht finanzierbar, wenn man gleichzeitig Innovation und Produktivität bewahren will. Zusammenhalt und soziale Sicherheit aber sind die Voraussetzung, um dem steigenden Bevölkerungsdruck aus Afrika und dem Mittleren Osten zu begegnen. Schon 2020 könnten nach Schätzungen der Weltbank 250 Millionen Flüchtlinge aus dem Süden Afrikas auf dem Weg nach Norden sein. Europa wird deshalb unter enormen innenpolitischen Spannungen und gleichzeitigem

Druck von aussen, Wege suchen müssen wie es diesem Migrationsdruck standhalten kann, ohne sein Wertesystem Gefahren auszusetzen.

Viel dramatischer ist die Lage Russlands. Die Bevölkerung dürfte auf weniger als 100 Millionen Menschen sinken, davon könnte die Mehrzahl um das Jahr 2050 muslimisch sein. Aus Sibirien könnten die heute dort lebenden sechs Millionen

Russen verschwinden, aber wohl kaum die gegenwärtig vier Millionen illegalen chinesischen Immigranten. Käme es zu äusseren Krisen, dürfte Russland sie kaum noch aus eigener Kraft bewältigen können.

China wird ebenfalls Überalterung erleben, damit wird die unzureichende Altersversorgung zum gesellschaftlichen Spaltpilz. Die direkte Folge wird Arbeitskräftemangel sein, zusätzlich wird, als Folge der Ein-Kind-Politik, lebenslanger Frauenmangel die Gesellschaft belasten. Daraus entstehen bei anhaltender Urbanisierung steigende Kriminalität, eine weiter wachsende Kluft zwischen Arm und Reich und damit gesellschaftliche Konflikte, die durch die unglaublichen Umweltprobleme, aber auch durch regionale ethnisch-religiöse Probleme noch verschärft werden könnten.

Probleme anderer Art dürfte Chinas asiatischer Rivale Indien haben, das schon

bald bevölkerungsreichste Land der Welt, aber auch unverändert das Land der krasen Gegensätze. Die Klüfte zwischen gebildet und ungebildet, zwischen Arm und Reich, zwischen den Religionen und Ethnien werden vielleicht sogar wachsen. Beide Staaten, China wie Indien, müssen daher mit erheblichen inneren Problemen rechnen; ein jährliches Wirtschaftswachstum von etwa 8% wäre notwendig, um ihre Völker ruhig zu halten.

In den USA nimmt die Bevölkerung zu und bleibt so jung wie heute, doch könnte die wachsende Zahl der Hispanics und Asiaten die bestehende Spaltung der Gesellschaft sogar noch verstärken und die Abwendung von Europa beschleunigen. Insgesamt werden die USA keine demographisch begründeten Spannungen erleben, denn das voraussichtliche Wirtschaftswachstum, gespeist durch Schiefergas und -öl, wird es Amerika erlauben, weiterhin der grosse Schmelztiegel zu sein, aus dem eine amerikanische Identität entsteht.

Ressourcenmangel

Zusätzlich wird diese Welt, allein schon wegen der wachsenden Zahl von Menschen, mit gewaltigen Ressourcenproblemen fertig werden müssen. Auch ohne Klimawandel wird es immer schwerer werden, die Menschheit unterzubringen und zu ernähren, das heute schon bestehende Trinkwasserproblem wird noch grösser werden. Treffen die Schätzungen der Weltbank zu, wonach der Lebensmittelbedarf bis 2030 um 50% steigen wird, dann dürfte Wassermangel auch ohne Klimawandel zur Konfliktursache werden. Derzeit sind 870 Millionen Menschen, davon alleine 300 Millionen Chinesen, ohne Zugang zu Trinkwasser. Nur 67% der Menschheit haben genug Wasser, um in annehmbaren hygienischen Verhältnissen zu leben, rund 1000 Kinder sterben täglich, weil sie verschmutztes Wasser getrunken haben. Für die Mehrzahl der Quellgebiete der grossen Flüsse gibt es kaum Nutzungsvereinbarungen unter den Staaten. Konflikte um Wasser wird es deshalb im 21. Jahrhundert mit grosser Sicherheit geben, Staudammprojekte können die Sache noch schlimmer machen.

Wie ernst China das Wasserproblem schon heute nimmt, zeigen seine gewaltigen Anstrengungen zur Wasserversorgung. Bis 2014 sollen für 30 Milliarden Euro insgesamt rund 3000 Kilometer Kanäle und Tunnel fertig sein, um aus dem



Meerwasserentsalzungsanlage.

Bild: allmystery.de

Yangtse-Becken jährlich 36 Kubikkilometer Wasser, das ist ein Dreiviertel des Bodensees, nach Norden zu pumpen. Zusätzlich entsteht am Gelben Meer eine gewaltige Meerwasserentsalzungsanlage, die 2,6 Millionen Kubikmeter Trinkwasser pro Tag erzeugen soll, eine schon jetzt für die Region nicht ausreichende Menge.

Aber auch um andere Ressourcen dürfte es Streit geben, nicht einmal vorrangig um Öl und Gas. Für grosse Teile Europas könnte das grösste Problem der Mangel an Metallen und seltenen Erden werden. Beträchtliche Segmente der Industrieproduktion hängen weltweit von deren Verfügbarkeit ab. Verteilungs- und Zugangskonflikte sind nicht auszuschliessen, nicht zuletzt auch wegen des Rohstoff-Kolonialismus der VR China.

Klimawandel

Dies ist die Konfliktursache Nummer drei. Vor Europas Haustür liegt eines der am stärksten betroffenen Seegebiete, der Arktische Ozean. Er könnte für den überwiegenden Teil des Jahres in den nächsten 20 Jahren eisfrei werden. Es wird neue Seewege nach Asien geben, neue Umschlaghäfen und neue Herausforderungen für die Überwachung eines riesigen, bislang kaum überwachten Seegebietes. Für Nationen mit grossen Handelsflotten ein weiteres Problem, das national nicht mehr zu lösen ist. Im arktischen Ozean

wird es zudem neue Abbaumöglichkeiten geben, immerhin werden dort 15% der Öl- und 25% der Gasreserven der Welt sowie erhebliche Vorkommen an Mineralien und Metallen vermutet. Beides könnte bei teilweise noch unklaren Hoheitsrechten Konflikte auslösen.

Am dramatischsten jedoch werden die Folgen des Klimawandels bei der Trinkwasserversorgung und bei der Nahrungsmittelproduktion sein. Ich will nur ein besonders gravierendes Beispiel nennen. Hält das Abschmelzen der Gletscher des Himalaya an, dann könnte die Trinkwasserversorgung von mehr als zwei Milliarden Menschen, also etwa einem Fünftel der Menschheit 2050, gefährdet sein. Diese Gletscher sind nach Arktis und Antarktis die grössten Süsswasserspeicher der Erde. Sie speisen den Indus, den Ganges, den Brahmaputra, den Mekong, den Gelben Fluss und den Yangtse. Diese Gletscher sind in den vergangenen 30 Jahren rasant geschrumpft und sie dürften weiter schrumpfen. ■

Der ungekürzte Beitrag von General Naumann erscheint in der Österreichischen Militärischen Zeitschrift (ÖMZ) 02/2014.



General
Klaus Naumann
Dr. h. c.
Deutsche Atlantische
Gesellschaft
D-83624 Otterfing